



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Verbandstags-Konsequenzen. — Gewerkschaftliche Verfassungsfragen. — Der Leipziger Hochverratsprozess. — Korrespondenzen (Görlitz, Halle a. S., Jüdisch). — Versammlungs- kalender. — Abrechnungen.

Beilage: An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! — Die Lage der arbeitenden Klassen und der Schutz der Arbeitswilligen. (II.) — Korrespondenzen (Dresden, Frankfurt a. M., Kempten). — Adressenveränderungen.

Für die Woche vom 10. bis 16. März 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 11 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Verbandstags-Konsequenzen.

Der Worte sind genug gewechselt,
Nun laßt uns endlich Taten seh'n!

In unserem kurzen Resümee, das wir in voriger Nummer über den Verlauf des Außerordentlichen Verbandstages gegeben haben, erklärten wir zum Schlusse, daß die Verbandsleitung dafür sorgen wird, daß Zweifel an dem festen Willen unserer Organisation, über unsere tarifliche Forderung nicht mehr aufzustehen und wieviel auf die Konsequenzen, welche von allen Seiten aus dem entscheidenden Verbandstagsbeschlüsse gezogen werden müssen. Hierbei hatten wir den zweiten Absatz der Resolution im Auge, welche besagt:

„Die ganze Art, wie die anerkanntswerte Tätigkeit des Hauptvorstandes durch die Berliner Tarifverhandler, besonders aber durch deren Leiter August Moritz, in den Schmutz gezogen worden ist, spricht dafür, daß die Situation bewußt herausbeschworen worden ist. Aus diesen Erwägungen heraus halten die Delegierten ein entsprechendes Zusammenarbeiten zwischen Hauptvorstand und der derzeitigen Berliner Ortsverwaltung nicht für gebühlich.“

Ursprünglich hatten die Verfasser der Resolution diesem Absatz noch den Schluß hinzugefügt, daß von Moritz erwartet wird, aus der Stellungnahme des Verbandstages seine Konsequenzen zu ziehen. Dieser Satz wurde auf dringenden Wunsch einiger Verbandsvorstandsmitglieder, denen die Resolution vorgelegt wurde, gestrichen; und zwar aus dem Grunde, weil das Vorhergesagte klar und deutlich auf die notwendigen Konsequenzen hinwies. Es stand fest, daß die in Frage kommenden Leiter des Verbandes für den Fall der Ablehnung dieses Vertrauensvotums einfach von ihren Posten verschwinden hätten müssen. Logischerweise mußte man das auch von demjenigen erwarten, über dessen Handlungen der Verbandstag in unzweifelhafter Form den Stab gebrochen hat. Aber wer so dachte, der hat die Charaktereigenschaften des verstorbenen Berliner Leiters trotz vieler gestellter Beweise gewaltig überschätzt. Er dachte gar nicht daran, diese selbstverständlichen Konsequenzen zu ziehen und bewies dadurch, daß die von ihm dreimal, immer vor einem großen

Auditorium mit Pathos ausgesprochene Kündigung seiner Stellung eitel Spiegelfechterelei war. Es war ihm wohl gelungen, die Berliner Mitglieder über die wahren Absichten seines Luns zu täuschen, nicht aber den Verbandsvorstand. Dieser mußte in folgerichtiger Erkenntnis, daß auf dem Verbandstag der Worte genug gewechselt sind und damit nicht leeres Stroh gedroschen wurde, nun auch endlich Taten folgen lassen.

Am 27. Februar faßte daher der Verbandsvorstand nach eingehenden Erwägungen den einstimmigen Beschluß, Moritz seines Amtes zu entheben. Das Schriftstück, in dem dieser Beschluß zum Ausdruck kam, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 27. Februar 1912.

Herrn August Moritz
Berlin SW. 68, Alte Fatschstr. 5.
Werter Kollege!

Nachdem der Außerordentliche Verbandstag gebrochen hat, teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß wir auf Grund Ihrer Handlungen vom 23. Dezember 1911 und vom 3. Januar 1912 verpflichtet wären, Ihnen zu kündigen, denn Sie waren unbedingt im Interesse der Mitglieder verpflichtet, zu den Verhandlungen zu gehen! Sie haben in größtmöglicher Form gegen das Statut und Ihre Pflicht als Verbandsfunktionär verstoßen. (§ 5 Absatz b.)

Durch Ihre Handlungen nach dem 3. Januar, ganz besonders aber in der von Ihnen betriebenen Gegenagitaktion gegen die Tarifgemeinschaft, deren Förderung und Ausbau laut Statut (§ 1 Absatz b) und den Verbandstagsbeschlüssen (Bremen 1910) die Pflicht aller Mitglieder, insbesondere aber die aller Funktionäre ist, haben Sie die Verbandsinteressen und die Interessen der Gesamtheit der Kollegenenschaft bewußt auf das schwerste geschädigt.

Der Verbandsvorstand hat daher, entsprechend den aus der vom Verbandstag angenommenen Resolution hervorgehenden Konsequenzen, einstimmig beschlossen, Sie auf Grund Ihres Anstellungsvertrages vom 1. Januar 1909, Absatz 7, Ihres Postens als Gauleiter und Vorsitzender des Gau 8 Berlin sofort zu entheben. Dieser Beschluß tritt am 28. Februar d. J. in Kraft.

Da Sie sowohl in der Vertrauenspersonensitzung vom 5. Januar d. J., ferner wiederholt in der Versammlung vom 7. Januar d. J. und zuletzt auch noch auf dem Außerordentlichen Verbandstag Ihre Kündigung ausgesprochen und aufrechterhalten haben, so sind wir der Überzeugung, daß wir mit dieser Maßnahme gleichzeitig Ihren Wünschen entgegen kommen.

Weil wir aber Ihre frühere Tätigkeit im Verbands, besonders aber Ihre Arbeit für die Zahlstelle Berlin, auch heute noch anerkennen, so sind wir bereit, von den in Absatz 7 Ihres Anstellungsvertrages enthaltenen Konsequenzen insofern abzusehen, als wir Ihnen nach Verlassen Ihres Postens das Gehalt für die Monate März, April und Mai d. J. noch bewilligen und durch den Verbandskassierer zustellen lassen.

Wir haben der zweiten Vorsitzenden, Kollegin Leske, und dem Orkskassierer, Kollegen Baumgarten, hiervon Mitteilung gemacht und erwarten von Ihnen, daß Sie Ihre Geschäfte an die genannten Personen ordnungsgemäß übergeben und uns hiervon bis 2. März d. J., nachmittags 4 Uhr, verständigen. Die entsprechende Mitteilung hat schriftlich zu erfolgen.

Im Auftrage des Verbandsvorstandes:

Heinrich Lohahl, Paula Thiede,
Verbandskassierer. Verbandsvorsitzende.

Gleichzeitig mit diesem Schreiben erging an die vier übrigen Angehörigen der Berliner Verwaltungen die Aufforderung, sich darüber zu äußern, ob sie die Beschlüsse des Außerordentlichen Verbandstages für sich als bindend erachten, mit dem Hinweis darauf, daß im Verjahungsfall ihr Anstellungsverhältnis unverändert bestehen bleibt. Es ist einfach selbstverständlich, daß von den Angehörigen des Verbandes verlangt werden muß, daß sie die Beschlüsse der obersten Instanz und nicht minder die der Verbandsleitung anerkennen. Diese Selbstverständlichkeit darf man allerdings überall da verlangen, wo man Verständnis für die demokratische Verfassung einer gewerkschaftlichen Organisation voraussetzt, aber nicht — von der Berliner Verwaltung. Für diese sind Verbandstags- und Verbandsvorstandsbeschlüsse von jeder nebensächlichen Dinge gewesen, die man nur dann zu beachten braucht, wenn sie einem in den Kram passen. Daß dies von der Amtsenthebung des Moritz nicht gesagt werden kann, wollen wir gerne verstehen, daß aber die vier übrigen Angehörigen die von ihnen verlangte ganz selbstverständliche Erklärung bis zur Stunde noch nicht abgegeben haben, das versteht nur der, der den Einfluß kennt, den Moritz in dieser Beziehung auf seine „Untergebenen“ auszuüben versteht. Die verlangte Gegenäußerung erfolgte also nicht, dafür wurde aber wieder einmal Berlin mobil gemacht. Die gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiete waren für Moritz verlockend genug, sein „Schicksal“, d. h. sein Amt in die „Hände der Mitglieder“ vertrauensvoll zu legen. Und dieses Vertrauen sollte ihn nicht täuschen. In einer gut besuchten Versammlung am 3. März ließ sich die Berliner Mitgliedschaft Bericht erstatten über den Verlauf des Verbandstages und über „die darauf erfolgte Amtsenthebung des ersten Vorsitzenden und die eventuelle Maßregelung der weiteren vier Beamten“. Man kann sich so ungefähr vorstellen, welche Wirkung schon der Titel der Tagesordnung auf die Mitglieder ausübte, in dem gesagt wird, „die eventuelle Maßregelung der vier weiteren Beamten“. Jeder Kenner der Verhältnisse wird natürlich darin nichts weiter finden, als einen erbärmlichen Demagogentrick, aber Moritz kennt sein Publikum und weiß, welche „Schlager“ wirken. Er weiß aber auch, wie faul seine eigene Sache steht und daher war er gezwungen, sich hinter die „eventuelle Maßregelung“ der übrigen vier Beamten zu verziehen. Wie sieht aber diese Maßregelung aus? Ist es viel-

leicht von der Verbandsleitung rigoros gehandelt, wenn sie von den Angestellten verlangt, daß sie sich verpflichten sollen, Verbandstagsbeschlüsse zu respektieren? Und wenn sie das nicht wollen — ist ihre Entfernung eine Maßregelung? — Allerdings, wenn einer dieser vier in der genannten Versammlung erklärt, er würde es als einen „Schurkenstreich“ bezeichnen, wenn er die verlangte Erklärung abgäbe, dann kann man so ungefähr erkennen, wie tief eingewurzelt bei diesen Leuten das demokratische Prinzip ist, das doch weiter nichts als die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit verlangt.

Und nun zu dieser Mehrheit. In einem Berliner Mitteilungsblatt, das über den Verlauf des Verbandstages in sonst ungewohnter Kürze berichtete und auch in der Berliner Versammlung vom 3. März, da jonglierte Moritz mit einem Zahleneuempel, das den Mitgliedern beweisen soll, daß wohl die Mehrheit der Delegierten, aber nicht die Mehrheit der Mitglieder hinter dem Verbandsvorstand stehe. Und wie wird dieses Kartenkunststück gemacht? Um einen Maßstab für die Festlegung der Zahl der Delegierten zu bekommen, wurden die vier zuletzt bei der Verbandsskaffe abgerechneten Quartale hergenommen, und für je 40 geleistete Beiträge ein Mitglied gerechnet. Das führt naturgemäß dazu, daß in Zahlstellen mit pünktlichen Beitragszahlern mehr Mitglieder herausgerechnet werden, wie effektiv vorhanden sind und bei anderen wieder weniger. Das ist Moritz bekannt, der die entsprechenden statistischen Bestimmungen in Halle 1905, in München 1908 und in Bremen 1910 mitberaten und als Vorsitzender der Statutenberatungskommissionen vertreten hat. Nichtsdestoweniger scheut er sich nicht, jetzt, wo es ihm paßt, Zahlen aufmarschieren zu lassen, die niemals den Tatsachen entsprechen, was ihm ohne weiteres bekannt ist. Z. B. gibt er die Zahl der Mitglieder in der von ihm selbst geleiteten Zahlstelle Berlin auf 5540 an, obwohl er weiß, daß laut letzter Abrechnung nur 4845 vorhanden waren. Aber was verschlägt's, wenn man mit einer kleinen Esstamotte dem Hauptvorstande 700 Gegenstimmen aufschw—agen kann. Bei denjenigen Zahlstellen, die für den Hauptvorstand gestimmt haben, wird natürlich das umgekehrte Verfahren angewendet. Leipzig wird mit 2005 Mitgliedern aufgeführt, in Wirklichkeit sind es 2362, Nürnberg soll nur 882 haben, hat aber 1134; und so geht es weiter fast bei allen Zahlstellen. Aber abgesehen davon, wenn auch wirklich hinter den 19 Gegenstimmen zahlenmäßig die Mehrzahl der Mitglieder stände, seit wann ist es denn auf unseren Verbandstagen Usus, daß der Wert des einzelnen Delegierten nach der Zahl seiner Wähler abgeschätzt wird? Wissen denn die acht Berliner Vertreter nicht, daß in der Berliner Wahlversammlung von circa 5000 vorhandenen Mitgliedern nur 250 anwesend waren und gewählt haben? Man soll doch etwas vorsichtiger bei der Anwendung falscher Argumente sein, es gibt glücklicherweise auch noch ehrliche Rechner. Zieht man aber auch noch in Betracht, daß die Voragitation, die persönliche Beeinflussung und last not least die Verteilung des Felles — soll heißen der Klemmer — der abzusagenden Vorstandsmitglieder keinen geringen Reiz auf einen Teil der „Opponenten“ ausübte, dann kann man sich ein Bild von dem Wert der großen Minderheit machen.

In Berlin sprach Moritz obenstehend nicht von 19 zu 25 Stimmen, die am Verbandstag eine Rolle spielten, sondern nur von 19 zu 24. Die 25 gilt nach seiner so sehr maßgeblichen Meinung nicht, weil die vom Verbandsvorstand in eigener Sache abgegeben wurde. Schau, schau möchte man sagen, wenn man weiß und bedenkt, daß unter den acht Berliner Delegierten drei Angestellte in eigener Sache gegen den Verbandsvorstand stimmten. — Aber, wie's trefft! —

Wie weit es in Berlin schon gekommen ist, trotz aller heuchlerischen Beteuerung, man wolle von Sozialisierungsbestrebungen nichts wissen, beweist der Umstand, daß die Verbandsleitung vor der Berliner Versammlung gezwungen war, zur Verteilung eines notwendigen Flugblattes an die Berliner Mitglieder die Hilfe der Gehilfenvertrauensleute in Anspruch zu nehmen. Schon nach dem Berliner Tarifabschluß, als den Mit-

gliedern die neuen Lohnsätze bekanntgegeben werden sollten, verweigerte die Ortsverwaltung die Herausgabe der Adressen der Berliner Vertrauensleute. Der Zweck dieser Handlungsweise ist sehr durchsichtig, nützen dürfte sie allerdings nichts. Wir wollen aber unsere Berliner Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie, wenn sie Benachrichtigungen des Verbandsvorstandes direkt ohne die Hilfe Außenstehender erhalten will, die Adressen der Vertrauensleute im Verbandsbureau abgeben soll. Bis jetzt sind sie offensichtlich von der Berliner Ortsverwaltung im Unklaren über die Vorgänge gehalten worden, daß es anders wird, dafür haben die Vertrauensleute selbst zu sorgen.

Nachdem in der Berliner Versammlung von Moritz die Meinung verbreitet wurde, daß der Hauptvorstand kein Recht hätte, ihn seines Amtes zu entheben, vielmehr er sein Amt nur in die Hände der Berliner Mitglieder zurücklegt, die ihn in einer Urwahl wieder wählen können, verweisen wir hier ausdrücklich darauf, daß eine derartige Wiederwahl unmöglich und zwecklos ist. Für die Entlassung der Verbandsbeamten kommt lediglich der seit Januar 1909 bestehende Anstellungsvertrag in Frage.

Der Verbandstag 1908 in München hatte dem Verbandsvorstand die Ausarbeitung des Anstellungsvertrages übertragen, dessen Absatz 7 lautet:

„Der Verbandsvorstand ist berechtigt, Kollegen August Moritz im Falle grober Nichterfüllung der obliegenden Verpflichtungen von seinem Amte zu entheben. Kollege A. Moritz entfällt in diesem Falle allen Ansprüchen an den Verbandsvorstand, die ihm in diesem Vertrage zugesichert sind, vom Zeitpunkt der Enthebung ab.“

Diesen Vertrag hat Moritz unterschrieben anerkannt und nachdem er seine Verpflichtungen in größtmöglicher Form vernachlässigte, mußte — weil er es nicht tat — der Verbandsvorstand seine Konsequenzen daraus ziehen.

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

Die Veränderungen der Dinge spiegeln sich im Bewußtsein der Menschen nicht so rasch und nicht automatisch wider. Bei dem einen kommt die Rückwirkung der Veränderungen im Bewußtsein eher zur Wirkung als bei dem anderen. Geschehe die Rückwirkung bei allen Menschen gleich und mechanisch, so gäbe es bei Personen mit gleichen Interessen keine Meinungsverschiedenheiten. In Wirklichkeit kommen ja solche Meinungsverschiedenheiten überall vor, die wirken auch auf die Gewerkschaftsarbeit in mannigfacher Weise ein.

Denn auch die Gewerkschaften und die Wertung ihrer Kampfmittel bleiben natürlich von der Veränderung der Dinge nicht unberührt. Die Arbeitstechnik wandelt sich ständig durch die Verbesserung der Werkzeuge, und in weiterer Folge ändern sich die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu einander. Da gibt es auch bei den Gewerkschaften Leute, in deren Bewußtsein die Veränderungen kaum zur Erkenntnis gekommen sind und die daher für völlig andere Kampfverhältnisse doch noch weiter die alten Kampfmittel anwenden wollen. Es geht solchen „Unentwegten“ wohl wie dem Hunde, der einen Hasen verfolgt. Während der Hasen bereits durch eine scharfe Wendung eine andere Richtung eingeschlagen hat, rennt der Hund noch weiter in der alten Richtung, bis er irgenbwan erkennt, daß er mit Bravour ins freie Feld jagt. —

Es ist aber für die Gewerkschaften sehr wichtig, daß sie nicht erst durch Schanden klug werden, sondern daß die Veränderung der Dinge auch immer rasch im Bewußtsein der Mitglieder zur Geltung kommt, damit die Kampfmittel entsprechend der veränderten Lage umgestellt werden können. Aus diesen Gründen ist es angebracht, etwas ausführlicher auf die Fragen einzugehen.

Unter den Naturgesetzen, die wir ja als Menschen beachten müssen, da auch wir unter ihren Wirkungen stehen, gibt es das „Gesetz der Trägheit“. Der Stoff, aus dem alles besteht,

hat die Eigenschaft, eine Bewegung in alle Ewigkeit fortzusetzen, wenn nicht hemmende Widerstände eintreten. Ein Stein, in die Höhe geworfen, würde immer in gleicher Richtung und mit gleicher Schnelligkeit weiterfliegen, wenn nicht der Luftwiderstand und die Schwerkraft der Erde dem entgegenwirkten. Wenn gesagt wird, daß man die Naturgesetze nicht mechanisch auf das Geistesleben der Menschen, auf die Gesellschaftswissenschaften übertragen dürfe, so ist das richtig, wenn man das mechanische betont. Wahr bleibt dabei, daß auch die Gesellschaftswissenschaften sehr erheblich von den Naturgesetzen berührt werden.

Wie das „Gesetz der Trägheit“ im Menschenleben wirkt, kann man oft genug beobachten. Als die Menschen noch ohne Teleskop und Spektrum, ohne wissenschaftliches Handwerkzeug waren, als vor allem die Arbeitswerkzeuge, in Verbindung mit dem gering entwickelten Verstand, noch wenig ausgebildet waren und die Menschen das Wirken der Naturelemente doppelt, aus Not und aus Unwissenheit, fürchteten, erstand, auch naturgemäß, der Glaube an die Götter. Heute ist der frühere wirtschaftliche Untergrund größtenteils nicht mehr vorhanden, aber die erstarrte Ideologie wuchert fort und wird besonders von der Zentrumspartei benutzt, um einen Teil der Arbeiter im Interesse der „bürgerlichen“ Ausbeutungsparteien von ihren Klassengenossen fernzuhalten.

Ein anderes Beispiel. Es ist durchaus nicht gesagt, daß Arbeiter, die aus Sorge und Not zum Fusel greifen, das betäubende Gift alsbald stehen lassen, wenn sie in bessere Verhältnisse kommen, wie ja auch andererseits nicht immer Leute mit besserer Vergangeneit gleich zum Schnaps greifen, wenn es ihnen wirtschaftlich auch noch so erbärmlich geht. Die Gründe liegen im Beharrungsvermögen, im Gesetz der Trägheit.

Das Gesetz der Trägheit läßt die Menschen am Alten hängen, läßt sie konservativ sein, und oft können sich gerade die rabiatesten „Revolutionäre“ am schlechtesten an eine veränderte Sachlage gewöhnen.

Immer war die Aenderung der Dinge das Ursprüngliche und eine dieser Veränderung entsprechende Auffassung das Nachfolgende. Es ist nicht im Denken, was nicht vorher im Sinne gewesen. Die Sinne aber nehmen auf, was „draußen“ vorgeht. Fast immer hat auch die der veränderten Sachlage entsprechende Auffassung erst einen schweren, hartnäckigen Kampf mit der alten, erstarrten Tradition zu bestehen. Zeigen wir das an einigen Beispielen aus der Arbeiterbewegung.

Als die Arbeiterbewegung mehr und mehr in die Breite ging, konnte die erforderliche Organisationsarbeit im wesentlichen unmöglich noch auf die frühere Art getan werden, es machte sich die Anstellung von beamteten Funktionären neben den Personen vom Hauptvorstand notwendig. Wie lange dauerte es da, bis in der Hauptsache umgelern worden war. Ein Teil der Arbeiter hing noch lange am geliebten und doch, ach wie unzulänglichem Alten, man glaubte, wenn die Funktionäre bezahlt würden, würden sie nichts mehr leisten. Als dann die Anstellungen doch nicht zu vermeiden waren, kam das Mißtrauen dadurch zum Ausdruck, daß die Funktionäre oft noch jämmerlicher bezahlt wurden als die Arbeiter selbst. Damit das proletarische Klassengefühl nicht verloren gehe, hieß es. Ach! Als ob ein Funktionär, der selbst sorgengehebt von einem Tag zum andern lebt, in der bestgeeigneten feilschen und körperlichen Verfassung sein könnte, um die Interessen der Arbeiter energisch und wirksam zu vertreten! Die beamteten Funktionäre haben der Arbeiterchaft aber unzweifelhaft sehr wichtige Dienste geleistet, und wenn ab und zu noch das Wort von „notwendigen Uebel“ auftaucht, dann ist die Frage berechtigt, ob es irgenbwie ein Wortteil für die Menschheit wäre, wenn die — Arbeitsteilung nicht wäre, wenn also jeder wieder seine Bedürfnisse in vollem Umfange und unmittelbar selbst decken müßte, wie es im Urzustande der Menschheit war? Arbeitsteilung ist Kultur-

mehrung! Darum sind die Arbeiterbeamten ein Gewinn für die Arbeiterklasse.

Die Beharrungskräfte waren auch oft wirksam bei taktischen Streikmaßnahmen. Als Streiks noch nicht die weittragenden Folgen hatten als heute bei den starken Gegenorganisationen der Unternehmern, war es Regel, daß bis zum Weißbluten, bis zur völligen Erschöpfung gekämpft wurde. Jahrzehntlang hatte hernach wohl die Organisation zu tun, bis die Schwärze ausgewetzt war. Solange die Arbeiterorganisationen noch nicht umfangreich waren, konnte das hingehen. Heute haben die Arbeiter, wie auch Kantisch betont, etwas zu verlieren, nämlich ihre starken, wehrhaften Organisationen, ihren einzigen Schutz und Schirm. Trotzdem: als der große Crimmitschauer und der letzte große Bergarbeiterstreik abgebrochen wurden, war zu erkennen war, daß eine längere Kampfbauer die Sachlage für die Arbeiter nicht günstiger gestalten würde, konnten das manche Arbeiter nicht verstehen, weil doch noch Geld in der Kasse war. Heute lächeln wir über eine solche Auffassung.

In der Frühzeit der Arbeiterorganisationen paßten die Gewerkschafter wohl ab, wenn der „Krauter“ „im Druck“ war, die Arbeitskämpfe hatten die Form der Ueberrumpelung. Heute sind die Kämpfe auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Es ist eine große Torheit, wenn heute noch einzelne Arbeitergruppen die Entscheidung bei Arbeitskämpfen haben wollen, obwohl durch die riesige Ausdehnung der modernen Kämpfe Zehn- und Hunderttausende der Arbeiter vom Kampf aufs empfindlichste mitberührt werden! Es hat die Gesamtheit zu entscheiden und der Hauptvorstand als ihr Interessenvertreter und Bevollmächtigter. „Berechtigt“ ist alles, was im Interesse der Gesamtheit der Arbeiter liegt. Bei einzelnen Gruppen ist alles berechtigt, was dem Interesse dieser Gruppe entspricht und dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse, der Organisation oder einer größeren Gruppe nicht hinderlich ist.

Ich weiß schon, da kommt die Frage: Wo bleibt da die Demokratie?! Aber die Demokratie ist uns im Klassenstaat der Gegenwart doch ein Mittel zur Machterlangung. Die Demokratie ist kein Fetisch, vor dem man anbetend auf den Knien liegt. Hindert uns irgend eine Form der Demokratie, Machtmittel wirksam zur Anwendung zu bringen, so wählen wir eine andere Form. Und dann ist ja auch beim Vertretungssystem das Interesse aller Einzelnen viel wirksamer gewahrt als früher. Bei einer Generalversammlung, an der jeder teilnehmen kann, nimmt eben in Wirklichkeit doch nicht jeder teil, nicht einmal an einer Urabstimmung. Es kommt nicht darauf an, was sein kann und was wir wollen, sondern darauf, was wir können und was ist! Das alte sozialdemokratische Programm enthielt noch die Forderung: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“. Seit Erfurt heißt es „... durch die Volksvertretung“. Wie im Bürgerkrieg hängt aber auch im Klassenkampf oft viel von raschen Entschlüssen ab. Die Form der Organisation und der Kampfmittel sowie die Art ihrer Anwendung hängen von den Umständen ab, der Zweck ist entscheidend. Braucht man einen großen Aufwand an Kraft zu einem verhältnismäßig geringfügigen Zweck, so ist dies unpraktisch und nicht im Interesse der Mitglieder gelegen.

Halten wir also im Klassenkampf daran fest, daß die Kampfmittel den Erfordernissen des Kampfes angepaßt werden müssen. Ausschlaggebend bei der Beurteilung ist das größere, das Gesamtinteresse. Wichtig ist, daß die Auffassung der veränderten Sachlage im einzelnen folgt. Arbeiter, die sich schwerfällig vom Gesetz der Trägheit treiben lassen und sich immer noch im Vorstellungskreis längt der Vergangenheit angehörender Zustände bewegen, hängen trotz allem behaupteten und nicht bestrittenen gutem Willen der Organisation

wie ein Bleigewicht an, erschweren deren Kampffähigkeit und schädigen damit auch ihre eigenen Interessen.

Das Kampffeld zu bestimmen, hängt ja nicht allein von uns ab.

Der Leipziger Hochverratsprozeß.

(11. bis 26. März 1872.)

Die moderne freie Arbeiterbewegung kommt allmählich in die Jahre der Jubiläen und mancher der seit Beginn unseres Emanzipationstampfes mit an der Spitze des anfangs kleinen Häufleins der Pioniere, der heutigen Millionenarmee, steht, muß sich wohl selbst erst auf diese Tatsache besinnen, ohgleich Kriegsjahre eigentlich doppelt zählen. Denn Kriegsjahre waren es, eins wie das andere, die seit Gründung unserer Organisationen in die Weltwelt flossen — und noch ist kein Ende des zähen erbitterten Kampfes abzusehen, den wir führen müssen, um ein wenig Licht, Luft, Freiheit, um ein wenig Freude am Leben — Dinge, die mit uns geboren sind. Noch kein Ende des Ringens, deshalb steht die Arbeiterklasse dem Jubiläumseifer der Bourgeoisie gegenüber, denn Jubiläum klingt uns wie Ausruhen — und zur Ruhe, sei es auch auf Vorbeeren, haben wir, die wir eine Welt erobern wollen, keine Zeit. Wenn die Arbeiterklasse trotzdem ab und zu ein Weilchen rastet und einen Blick zurückwirft des Weges, den sie bisher robete, so geschieht es nicht aus Ruhebedürfnis, sondern um ein Menschenleben zu geben, das unserer Bewegung vorbildlich oder nützlich war, oder aber, um irgend einen für den Befreiungskampf der Arbeiter besonders wichtigen Vorgang der Vergessenheit zu entreißen und dadurch ein brachliegendes agitatorisches Moment wieder in den Dienst der Bewegung zu stellen. Einem solchen Zweck sollen diese Zeilen dienen, sie gelten der Erinnerung an den Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner, und sie sollen ferner die Aufmerksamkeit lenken auf das große fast vergessene Material, das die Geschichte dieses Prozesses beisteuerte zur Geschichte der Sozialdemokratie.

Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner wurde in der Zeit vom 11. bis 26. März 1872, vor 40 Jahren also, vor dem Schwurgericht zu Leipzig verhandelt. Er war ein Nachakt Bismarcks, denn Bismarck war „ein guter Hasser“, schreibt Bebel („Aus meinem Leben“ II, S. 328). „Mit seinem Hasse hat er mir immer imponiert, dagegen mißfiel mir im höchsten Grade die kleinliche und gehässige Art, wie er seinem Hasse Verbreitung verschaffte. Hier war ihm jedes Mittel recht.“ Und Grund zum Hasse gab die junge sozialdemokratische Bewegung, dem „Herz des Jahrhunderts“ genug und übergenug. Bismarck war noch nicht zu jener Resignation der Verzweiflung gekommen, die ihm später das Wort entlockte: drei Duzend Abgeordnete wolle er der Sozialdemokratie zugehen; und der dann noch später sein Raschlag entsprang, die Sozialdemokratie am Präsidium des Reichstages teilnehmen zu lassen. Damals glaubte er, die Sozialdemokratie noch totprozeßieren zu können, indem er sie der Führer beraubte, später ließ ihn die Verzweiflung nach Flinte und Sädel rufen. Aber selbst wenn dies letzte Mittel in Anwendung gekommen wäre — Bismarck hat noch lange genug gelebt, um die Gewißheit mit ins Grab nehmen zu können, daß unsere Antwort auf alle Gewaltmaßnahmen, auch bei diesem „letzten Mittel“ recht behalten hätte: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht — unser die Welt trotz alledem!

Wir haben seit jenem Hochverratsprozeß gerichtliche Verfolgungen die schwere Menge bestanden. Die Klassenjustiz ist heute ein so ausgezeichnetes Agitationsmittel, daß wir in Verlegenheit kämen, wenn die Justizbehörden plötzlich aus ihren bürgerlichen Massenvorurteilen heraus treten könnten. Was den Leipziger Hochverratsprozeß besonders bemerkenswert macht, sind die Begleitumstände. Die Partei war in einer keineswegs rosigten Lage. Die Parteiorganisation war noch schwach, was organisiert war, hielt allerdings bis zum letzten Blutstropfen zur Fahne. Die Arbeiter selbst waren in zwei Lager gespalten, die sich mit einer Heftigkeit bekämpften, wie sie

nur zwischen feindlichen Brüdern möglich ist. Dazu kam der Fieberparoxysmus des Patriotismus, geführt durch die beispiellos glänzenden Erfolge der deutschen Waffen auf den französischen Schlachtfeldern. Wir haben erst dieser Lage in Italien gesehen, zu welcher krankhaften Begeisterung der Blutrausch verführt. Dabei handelt es sich in Italien um einen ausgesprochenen Aufbruch, und die Siege der italienischen Waffen sind mehr als problematisch. Dagegen glaubte damals ganz Deutschland an einen frivolen Eroberungskrieg Napoleons, und die Begeisterung über die Siege war um so stärker und nachhaltiger, als sie die Ablösung der heimlichen Angst vor dem „Schiedsrichter Europas“ war. Auch Liebknecht und Bebel waren sich über ihre Stellung zu den Ereignissen, wenige Tage vor Ausbruch des Krieges, nicht einig. Sie gerieten in Differenzen, die durch die französische Kriegserklärung bald beseitigt wurden. Da sie damals noch den Massenmord direkt veranlaßt glaubten durch Napoleon, sie andererseits aber wußten, daß der Krieg eine Folge der Bismarckschen Politik war, enthielten sie sich bei der Frage der Kriegsanleihe der Stimme. Das verächtliche sie natürlich als Bundesgenossen Frankreichs. Schwere wog, daß dieser die Weiden in Widerspruch brachte mit dem Ausschuß der Partei. Der Ausschuß hoffte auf eine Demokratisierung des neuen Reiches. Die Meinungsverschiedenheit dauerte bis zum Fall von Sedan. Der Ausschuß proklamierte: sofortiger Friedensschluß mit der Republik, Ersatz der Kriegskosten, Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Dieser Aufruf führte zur Verhaftung des Ausschusses und einiger anderer Personen. Schon eine Woche vor dieser Verhaftung hatten Liebknecht und Bebel im „Volkstaat“ berichtet, daß es, nach sicherer Mitteilung, ihnen beiden an den Fragen gehen sollte. Am 17. Dezember 1870 wurden sie und Hepner verhaftet. Dem Untersuchungsrichter fiel als gutem Deutschen ein Stein vom Herzen, als sie ihm glaubhaft nachwiesen, daß sie nicht daran dächten, sich an die Spitze der gefangenen Franzosen zu stellen und den deutschen Truppen den Garaus zu machen. (!) Während der Untersuchungshaft fanden die Wahlen zum ersten deutschen Reichstag statt. Die Partei errang nur Bebels Mandat (sowohl Bebel als Liebknecht rechnen Schrapn nicht zur Partei). Da Bebel an den Verhandlungen teilnehmen mußte, wurden die drei nach 101 Tagen Untersuchungshaft entlassen. Die Stimmung der großen Öffentlichkeit war der Partei inzwischen noch feindlicher geworden. Bebel nahm im Reichstag Gelegenheit, die Selbennützigkeit der Pariser Kommunisten zu verteilen, die elenden, verdächtigen Lügen über sie kräftig zurückzuweisen. Der nationalliberale Hans Dampf in allen Gassen, Lasler, drohte, die deutschen Bürger würden die sozialdemokratischen Arbeiter mit Knüppeln totschlagen. Bebel bereitete dem Präsidenten Simson, der ihm das Wort ungerechterweise entzogen hatte, eine Niederlage, und mit Simson dem ganzen Hause, weil es das Vorgehen des Präsidenten gebilligt hatte. Dazu kam noch die eifrige Versammlungstätigkeit der Sozialdemokratie, kurz: das Bürgerturn girtete nach Rache und Bismarck brauchte den Prozeß um so notwendiger, als dem Rauch allmählich der Magenjammer folgte. Am 23. März 1871 fragte Bismarck den sächsischen Generalstaatsanwalt v. Schwarze: „Was wird denn aus dem Prozeß Bebel und Genossen?“ Als Jurist gab dieser zur Antwort: „Gar nichts wird!“, worauf Bismarck unwillig antwortete: „Dann hätte man die Leute auch nicht einlocken sollen; jetzt fällt das Odium des Prozesses auf uns.“ Die Antwort des Generalstaatsanwalts wurde zwar als „eine Dummheit“ bezeichnet, bei dem „Belastungsmaterial“ war sie verständlich. Belastungsmaterial war nämlich die sozialdemokratische Weltanschauung. Aber Bismarck kam auf seine Kosten; am 3. August resp. 27. September des Jahres wurde gegen die drei Anklage erhoben wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Am 11. März 1872 begann die Verhandlung vor dem Leipziger Schwurgericht. Die Aufregung in Leipzig war so groß, daß die Angeklagten im „Volkstaat“ eine Warnung an die Parteigenossen vor Aufregung durch Lockpfeil erließen: „Die Abrechnung wird nicht ausbleiben“. Die bürger-

lichen Blätter setzten mit einer beispiellosen Heftigkeit gegen die Angeklagten ein, und die Geschworenen wurden nach allen Regeln der Kunst beeinflusst. Der Niederträchtigste in dieser Corona war wohl der kleine Sohn des großen Robert Wilm. Auch die Gerichtsberichte hat er in schamloser Weise entstellt und gefälscht. Ueber die Verhandlung schrieb Liebknecht in der instruktiven Einleitung des Buches:

„Mit der politischen Bilanz konnten wir zufrieden sein. Unsere kühnsten Erwartungen wurden übertroffen. Der Leipziger Hochverratsprozess, der unsere Partei vernichten sollte, gab ihr einen mächtigen Aufschwung. Unser Prozess war der beste Dienst, der unserer Partei überhaupt zu leisten war. Die Gegner hatten uns eine Tribüne gegeben, von der wir zu ganz Deutschland reden und die über unsere Partei verbreiteten Lügen und falschen Vorstellungen widerlegen und aufklären konnten. Diese Tribüne, weil mit dem romantischen Apparat eines Hochverratsprozesses ausgestattet, war für die Propaganda noch günstiger, als die Tribüne des Reichstages. Zum ersten Mal seit Anfang unserer Bewegung hatte der demokratische und revolutionäre in der Sozialdemokratie zu Fleisch und Bein gewordene Sozialismus sich in seiner ganzen Gestalt und von allen Seiten dem Volk gezeigt. Im Reichstag hatten wir noch keine Gelegenheit gehabt, unsere sozialdemokratischen Ideen eingehend zu entwickeln, und das, was wir während des Krieges im Reichstag gesagt und getan hatten, war eher geeignet gewesen, einen großen Teil des Volkes, der uns sonst nicht unsympathisch war, abzustößen und uns zu entfremden. Die Raibität, mit welcher der Prozess geführt ward, leistete unserer agitatorisch-propagandistischen Tätigkeit wirksamen Vorschub. Die Richter vertieften sich so sehr in unsere Anschauungen, daß sie beim Verlesen der Belastungsstücke oft in wahrhaft revolutionären Feuerstößen gerieten und sich mehr als einmal das aufrechte Bravo! des in seiner Mehrzahl sozialdemokratischen Auditoriums verdienten. So wurden die Verhandlungen mit ihrem Frage- und Antwortspiel wie Kapitel eines Katechismus der Sozialdemokratie...“*)

Die gesamte bürgerliche Presse, die ja für Sensationsprozesse immer mehr Platz hat, als für ernsthafte Reichstagsberichte, sorgte dafür, daß die Sozialdemokratie der Mittelpunkt der inneren Politik wurde. Liebknecht und Bebel wurden zu je zwei Jahren Festung verurteilt, Hepner freigesprochen, „weil ich wieder Liebknecht noch Bebel heiße“, schrieb er im „Volkstaat“. Der erste Erfolg des Prozesses war der offizielle Uebertritt des Demokraten Joh. Jacoby zur Sozialdemokratie. Seit der Zeit gibt es keine bürgerliche Demokratie mehr. Was sich zwischen die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien stellt, wird zerrieben. Deshalb mußten die Nationalliberalen resignieren. Und die — praktischen Köpfe der Socialdemokraten wurden Sozialdemokraten. —

Noch einen nicht hoch genug zu veranschlagenden Erfolg hatte die Verurteilung. August Bebel, der auch geschäftlich schwer zu kämpfen hatte, brach zusammen, als er die Zelle betrat. Schon vorher hatte ein Arzt Bebel's Frau damit getrübt, daß ein Jahr Festung für die Gesundheit ihres Mannes unbezahlbar sei. Kurz nach dem Prozess wurde Bebel von einer sehr schmerzhaften Brustfellentzündung befallen, die ihn mehrere Wochen ans Bett fesselte. Eine Nervenzerüttung sorgte für schlaflose Nächte und beständige Schmerzen. In der Festung stellte sich dann noch heraus, daß sein linker Lungenflügel stark tuberkulös angegriffen war und eine Kaverne aufwies, die auf der Festung ausheilte. Sicher ist: hätte Bismarck nicht in kleinlicher Rachsucht Bebel zu zwei Jahren Festung verurteilt, wozu noch neun

*) „Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel und Hepner.“ Das Buch enthält außer dem Gerichtsbericht die vorzügliche nicht gehaltene Verteidigungsrede Liebknechts und sämtliche während der Verhandlung verlesenen Dokumente, Kongreßberichte, Manifeste, Broschüren, Programmklärungen usw.

Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung kamen, Bebel wäre wahrscheinlich in wenigen Jahren dahingerafft. Und wir hätten ihn, der vor 40 Jahren der einzige Sozialdemokrat im Reichstag war, heute nicht an der Spitze von 110 einmarschieren sehen. So ist der Hochverratsprozess, der uns vernichten sollte, schließlich doch zu unserm gunsten ausgeschlagen.

Korrespondenzen.

Görlitz. Am 26. Februar tagte in Görlitz eine öffentliche Versammlung der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter. Das Referat hatte Kollege Reinhold aus Breslau übernommen. Der Redner schilderte das Zustandekommen unserer Organisation. Er führte der Versammlung in kurzen, aber treffenden Worten die Kämpfe und Mühen, die mit der Gründung des Verbandes verknüpft waren, vor Augen. Sodann kam er auf die örtlichen Verhältnisse zu sprechen. Die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen und Kolleginnen in Görlitz veranlaßten ihn denn auch, der Versammlung einige Vergleiche mit andern tariflich geregelten Städten anzuführen. Er führte aus, daß sich solche Zustände eben nur durch den Zusammenfluß sämtlicher Kollegen und Kolleginnen, durch die Organisation des Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands betätigen lassen. Sodann rigte er auch noch die Zwistigkeiten der Hilfsarbeiter mit den Buch-druckern. Ein harmonisches Zusammenarbeiten der Gehilfen und Hilfsarbeiter sei doch im gewerkschaftlichen Interesse unerlässlich, denn der Buchdrucker-Verband ist ein mächtiger Faktor, und seinen Weisand können wir nur mit Dank annehmen. Natürlich hält er es von Seiten der Gehilfen für eine Selbstverständlichkeit, auch die Hilfsarbeiter als ihre Mitarbeiter zu betrachten und dementsprechend anzusehen. In der Debatte führte der Vorsitzende des Bezirksvereins des Verbandes der Buchdrucker Hilfer nochmals der erschienenen Kollegenschaft den Wert einer strammen Organisation in wirtschaftlicher Beziehung vor Augen. Ferner richtete eine Frau Kögel aus Görlitz recht beherzigenswerte Worte an unsere Kolleginnen. Sie stellte die unverheirateten jüngeren. Sie verurteilte auf das schärfste die gewissenlose Ausbeutung der billigen weiblichen Arbeitskraft seitens der Unternehmer und führte den jüngeren Kolleginnen so recht die Folgen und Gefahren der anstrengenden langen Tätigkeit in den Fabrikräumen für ihren späteren Verfall als Frau und Mutter vor Augen. Viele von ihnen werden vielleicht noch in der glücklichen Lage sein, bei den Eltern wohnen zu können, aber wo es nicht der Fall ist, da soll das junge Mädchen bei der Arbeit mit einem Wochenlohn von 6 bis 7 M. bei fremden Leuten ankommen, die daraus entziehende Unterernährung bringt das junge Mädchen in nicht zu langer Zeit zur Entkräftung und weiter zum Sichtung. Zum Schluß der Debatte wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Görlitz beleuchtet, woraus hervorging, daß es noch ein gutes Stück Arbeit kosten wird, bis auch die Zahlstelle Görlitz mit zu den tariflich geregelten Städten zählen wird. Einen guten Anfang dürfte jedoch die gestrige Agitationsversammlung gemacht haben, denn konnten wir doch eine Anzahl neuer Mitglieder unserem Verbands zuführen. Im Schlußwort rief Kollege Reinhold nochmals alle Kollegen und Kolleginnen zum Banner der Organisation, der Sozialdemokratie, um mit vereinten Kräften menschenwürdiger Zustände zu schaffen.

Halle a. S. Versammlung am 16. Februar. Nach Verlesung des Protokolls hielt Arbeitersekretär M. Gildenberg einen Vortrag über die deutsche Gartenstadtbewegung, welcher von unserer Kollegenschaft mit Begeisterung aufgenommen wurde. Hieraus gab der Vorsitzende bekannt, daß die Differenzen, welche zwischen dem Zentralvorstand und Gauleiter mit der Zahlstelle Halle a. S. bestanden hätten, auf friedlichem Wege wieder beigelegt worden seien. Zu diesem Zwecke hat sich eine Vertrauensmännerversammlung nötig gemacht, wo alles wieder geregelt sei. Auch sollen in den nächsten Versammlungen die Vertrauenspersonen verlesen werden, damit die betreffenden Kollegen und Kolleginnen sehen, ob ihr Vertrauensmann auch das nötige Interesse an den Tag legt. Kollege Gehrig ermahnt nochmals die Kollegen, die Bücher zwecks Kontrolle schnellstens zur Stelle zu schaffen, damit die Revision schneller vor fließen geht. Ferner gibt der Vorsitzende, Kollege Scheide, bekannt, daß am 30. März unser

erstes Vergnügen stattfindet, und noch das Vergnügungskomitee zu wählen sei. Der Kollege Max ersuchte aber den Vorstand, die Versammlungen nicht so weit auszubehnen und nur zwei Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, vielleicht sei es dadurch möglich, daß die Versammlungen besser besucht würden. Da sich die Versammlung diesem Wunsch anschloß, wurde von der Wahl Abstand genommen und die Versammlung wegen vorgerückter Stunde geschlossen.

Zwidau. Unausgesetzt bemüht sich die Leitung der Zahlstelle Zwidau, um den Organisationsgedanken in die Köpfe der indifferenten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen zu pflanzen. Leider war bis jetzt jede Mühe vergeblich. Einen sehr großen Teil Schuld aber, daß es hier nicht vorwärts geht, ist auf das Konto des organisierten Hilfspersonal's am Orte selbst zu setzen. Nicht allein die ganze Agitationsarbeit, nein auch die übrige Kleinarbeit, Hauskassieren, Handzettel verteilen usw. liegt nur auf den Schultern des Vertrauensmannes. Und was allem die Krone aufsetzt: man läßt alle Hände spielen, um sich gegenseitig das Zusammenarbeiten in den Druckereien so schwer wie möglich zu machen. Mehrmals sind an die Beteiligten — es betrifft nur Kolleginnen — Einladungen ergangen, um diese unglücklichen Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, aber da spielt man den Schlangen, man kommt einfach nicht in die Sitzungen. Das müssen sich aber die betreffenden Kolleginnen, die es angeht, hier einmal gesagt sein lassen: So geht es nicht länger weiter, wenn sie nicht wollen, daß die Organisation am Orte nicht in Frage gestellt werden soll. — Wir wollen es nun bei dem Gesagten belassen und die Organisationsleitung hofft, daß diese Zeilen beachtet werden. Es ist auch in Zwidau die allgemeine Tatsache festzustellen, daß das weibliche Element der Agitation, durch männliche Personen ausgeführt, etwas mißtraulich gegenübersteht. Zumal wenn dieses weibliche Element sich fast durchgängig aus bürgerlichen Kreisen rekrutiert, denen die Aufklärung an und für sich schwer zugänglich ist. Kein Wunder, die geistige Kluft, die diese nur aus der bürgerlichen Presse genießen, läßt ihnen keine andere Beurteilung zu. Die ganze bürgerliche Presse steht der Emanzipierung der Frauen und Mädchen sehr schroff gegenüber, aber wirkt man einen Wink in deren eigene Betriebe, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß hier sehr vieles im Argen liegt. Um auch die Zustände in den Zwidauer Druckereien einmal unter die kritische Lupe zu nehmen, veranstaltete die hiesige Zahlstelle am 28. Februar eine öffentliche Versammlung. Die Einladungen zu dieser Versammlung hatten infolge eines Beschlusses einer kombinierten Versammlung mit dem Gewerkschaftsleiter vorstehenden und Gauleitung, zu welcher auch die Maschinenmeister in Buch- und Stein-druckbetrieben geladen waren, die letzteren übernommen. Trotz einer umfassenden Agitation waren nur wenige Unorganisierte erschienen. Ja selbst ein Teil der Organisierten blieb weg. Das Referat hatte der Gauleiter Franz Herrmann-Dressen übernommen. Der Redner ließ in seinem 1½ stündigen Vortrage alle Wunden springen, um die Vorteile einer gewerkschaftlichen Organisation den Unorganisierten ins rechte Licht zu rücken. Seine Ausführungen waren auch von Erfolg gekrönt — fünf Kolleginnen ließen sich in den Verband aufnehmen. Wir wünschen und hoffen, daß diese recht tapfere Mitstreiterinnen werden mögen. In der Diskussion beteiligten sich der Maschinenmeister Kunze und Kollege Mehnert. Die Ausführungen des letzteren sollen in einem besonderen Artikel gewürdigt werden. Wir richten nun noch an alle Kollegen und Kolleginnen von Zwidau die Bitte, eifrig mitzuarbeiten und nimmich die Streitart für immer zu begraben, zum Wohle ihrer selbst und zum Wohle der Organisation.

Versammlungskalender.

Halle a. S. Mitaleberversammlung am Sonnabend, den 16. März, im Engl. Hof, Groß-Berlin 14. Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Kartellbericht. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:
Eberfeld 93.83, Karlsruhe 480.78, Straßburg 675.81 M.

S. Lodaßl.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 10.

Berlin, den 9. März 1912.

18. Jahrgang.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Auf Beschluß des Unternehmerschutzvereins deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Isolatordreher wegen Lohnhöherforderungen die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Teltow einige Dreher die Anfertigung einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, so lange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorstellig geworden waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Isolatordreher des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiter für die bestreikte Firma in den anderen Isolatorenfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Isolatordreher bei allen dem Syndikat der Isolatorenfabriken angehörigen Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmer-Schutzvereinigung der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrabteilungen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weiter gearbeitet. Trotzdem mischte sich der Unternehmerschutzverein deutscher Porzellanfabrikanten in den Streit und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach acht Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und für eine Woche mit dem vollen Durchschnittslohn entschädigt werden sollen, wenn sie einen Revers unterschreiben, daß sie niemals dem Verband der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verband der Porzellanarbeiter bleibt angeichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterstützung der Aussperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren. Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch

Bornahme allgemeiner Sammlungen

zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Porzellanarbeiter aufgebracht Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin

oder direkt an

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einreichung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgesandt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einbringen — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell auszuhändigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Mitteilungen werden dem Einsender nicht zugefleht.

Berlin SO. 16, den 1. März 1912.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Regien.

Die Tage der arbeitenden Klassen und der Schutz der Arbeitswilligen.

II.

Wer hat den Nutzen.

Die Unternehmer sehen in der Durchführung eines möglichst reaktionären Arbeitswilligenschutzes ein wirksames Kampfmittel gegen die erfolgreiche Tätigkeit und gegen die zunehmende Werbefraße der Gewerkschaften. Sie arbeiten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf ein Verbot des Streikpostensiehens und auf einen weitreichenden Schutz der Arbeitswilligen hin. Aber ihre reaktionären Absichten gehen noch bedeutend weiter. In der Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins vom Jahre 1911 kamen auch die weitergehenden Wünsche der industriellen Scharfmacher zum Vorschein. Der Sekretär der Grubentapitalisten machte zur Frage des Reichsreinigungsamtes folgende Ausführungen:

„Man wird es nicht als unbillig bezeichnen, wenn wir bei Einrichtung dieses Amtes, dessen Vorbild Erzellen von Verlepph in Australien gefunden hat, verlangen, daß wenigstens auch die dort in Anwendung stehende gesetzliche Bestimmung auf unsere Verhältnisse übernommen wird, nach der jede Aufforderung zum Streik mit hoher Geldstrafe bzw. vielsähriger Gefängnisstrafe geahndet wird.“

Es genügt den Scharfmachern nicht, daß schon jetzt die Gerichte mit ausnahmegesetzlicher Schärfe gegen kämpfende organisierte Arbeiter vorgehen; es genügt ihnen die Absicht der Regierungen nicht, eine Revision des Koalitionsrechtes vorzunehmen. Denn mit dem Versuch einer arbeitereindlichen Revision des Koalitionsrechtes muß gerechnet werden, wenn auch Ablegungen, die

in der Wendung von der Sicherung des Koalitionsrechtes gipfeln, die reaktionären Absichten verschleiern sollen. Es genügt den Scharfmachern auch das Streben nach einem Verbot des Streikpostensiehens, nach einem reaktionären Arbeitswilligenschutz — der um bessere Lebensbedingungen ringenden Arbeiterschaft sollen alle selbständigen und freiherrlichen Regungen, alle Maßnahmen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen rücksichtslos verboten werden!

All die arbeitereindlichen Bestrebungen des Unternehmertums machen den Zweck eines verschärften gesetzlichen Arbeitswilligenschutzes offenbar. Den Unternehmern ist es gar nicht darum zu tun, den Arbeitswilligen weitreichenden Schutz angedeihen zu lassen, es handelt sich für sie lediglich um den Schutz ihrer selbsttätigen Unternehmer- und Ausbeuterinteressen! Sie wollen ihren Ausbeuterprofit sichern. Sie wollen verhindern, daß die arbeitende Bevölkerung durch die Organisation immer mehr in die Lage versetzt wird, an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Wohle des Volkes mitzuwirken.

So kommt der Arbeitswilligenschutz in erster Linie einem selbsttätigen Unternehmertum zugute, dem der Profit nie hoch genug, der Arbeiterlohn aber nicht gering genug sein kann. Sie, immer unzufrieden mit ihren jeweiligen Verhältnissen nach immer größeren Gewinnen trachtend, werden durch einen verschärften Arbeitswilligenschutz in ihrem unsozialen Verhalten den arbeitenden Klassen gegenüber bestärkt. Schwindsucht und Alkoholismus, Entbehrung und Not mögen auch weiterhin unter den ärmeren Volksschichten aufkrähen — doch Macht und Profit der Kapitalisten müssen ängstlich behütet und beschützt werden, als hinge einzig davon Volkswohlfahrt und Menschenglück ab. Aber gerade in dem Zustand, daß sich die besitzenden und bevorrechteten Klassen an der Arbeit der unbemittelten Volksschichten bereichern, ist die Ursache der traurigen und unsozialen Verhältnisse des Volkes zu suchen. So richtet sich der Arbeitswilligenschutz gegen die Träger des sozialen Fortschritts, gegen die freien Gewerkschaften, schützt aber mit allem Nachdruck die schlimmsten Volkseinde.

Nun behaupten zwar die Arbeiterfeinde, daß die heucheliche Revision des Koalitionsrechtes eine Sicherung der Koalitions- und Arbeiterfreiheit herbeiführen soll; sie behaupten weiter, daß die Darstellungen der organisierten Arbeiter über die wahren Absichten falsch seien. Einseitige und berufene bürgerliche Wissenschaftler und Sozialpolitiker haben sich aber dem abfälligen Urteil der Arbeiter angeschlossen. So schrieb der Professor Dr. Zimmermann von der Berliner Universität in der „Sozialen Praxis“ unter anderem:

„Daß eine derartige unternehmerfreundliche Revision des Koalitionsrechtes eine geistliche Reform desselben bedeuten wird, wie die sächsische Regierung in der amtlichen Leipziger Zeitung nachzuweisen sich bemüht, daß die Kommission, wie es da heißt, einen Ausbau des Koalitionsrechtes auch zugunsten der Arbeiter nach völlig partiiatischen Gesichtspunkten bringen wird, das können nach allen bisherigen Erfahrungen mit amtlichen Reformversuchen des Koalitions- und Gewerkschaftsrechtes in Deutschland nur noch die naivsten Optimisten glauben.“

Aber nicht nur die profitstüchtigen Unternehmer haben den Nutzen vom Arbeitswilligenschutz, sondern auch gerade die fragwürdigsten Elemente der ärmeren Volksschichten selbst, die Arbeitswilligen. Allerdings, sollen einmal die schlimmsten Feinde des sozialen Fortschritts einen Vorteil von der gesetzlichen und ungesetzlichen Bekämpfung der proletarischen Selbsthilfe haben, dann müssen ihn neben den Unternehmern auch die Arbeitswilligen genießen! Denn Unternehmer und Arbeitswillige sind einzig in der Erhaltung der schlechtesten Lohn- und Arbeits-

bedingungen; sie sind einzig in der Erhaltung der unsozialen Lage und der Not des arbeitenden Volkes.

Unter dem Schutz der Regierung und der Gerichte steht das Unternehmertum Hand in Hand mit den Arbeitswilligen, den wertvollsten Elementen der kapitalistischen Gesellschaft. Die Unternehmer verachten diese Elemente als den Abschamm der unbemittelten Bevölkerung, gleichwohl scheuen sie weder Arbeit noch Kosten, um die ihnen wertvollen Arbeitswilligen zu sich heranzuziehen. Die fragwürdigsten und gemeingefährlichsten Menschen sind den Unternehmern zur Durchsetzung ihrer unmoralischen und arbeitserfeindlichen Absichten gerade gut genug. Die zu Helfershelfern der Unternehmer herabgesunkenen aber sind ihrer verräterischen Haltung wohl bewusst. Sie nützen die ihnen offen oder stillschweigend zugestandenen Befugnisse und Freiheiten rücksichtslos aus, provozieren die kämpfenden Klassengenossen, die sie mit voller Absicht einer tendenziösen Gerichtsbarkeit überantworten wollen und auch überantworten. Die gewalttätigen und verkommenen Schädlinge der Menschheit aber haben für alle ihre Taten nichts zu befürchten, fühlen sie sich doch geschützt als die wertvollsten Elemente der kapitalistischen Gesellschaft. Und so kommt es denn, daß neben den profitfuchtesten und brutalsten Kreisen des Unternehmertums auch die Elemente den größten Nutzen von einem weitgehenden Arbeitsschutz haben, die wegen ihres nichtswürdigen Verhaltens am meisten verachtet werden, verachtet von allen Volksklassen, und die obendrein die größte Beachtung der Gerichte verdienen.

Eine arbeitserfeindliche Revision des Koalitionsrechts und eine weitere Verschärfung des Arbeitsschutzes kann darum nicht anders als demoralisierend wirken. Böswilligkeit und Eigenwitz der rücksichtslosen Unternehmer und Streikbrecher würden ippiger als je zuvor ins Kraut schießen. Der menschliche Wohlstand aber, Freiheit und Glück, leiden weiterhin den denkbar größten Schaden.

Das Ziel der reaktionären Bestrebungen und Unternehmungen der kapitalistischen Gesellschaft, die Ausschaltung der Mitbestimmung der organisierten Arbeiterschaft, die Unterbindung der wirtschaftlichen Kämpfe und die endgültige Vernichtung der Gewerkschaften wird nicht erreicht werden. Fest steht die freigeordnete Arbeiterschaft zu ihrer Sache, der sie nicht nur augenblicklicher Erfolge halber anhängt, sondern sie zu verteidigen ihre heiligste Pflicht ist, Pflicht gegen sich, gegen ihre Nachkommen, Pflicht gegenüber der Menschheit. Es ist der Gedanke an die schamlose Unterdrückung und Ausbeutung, der die Kämpfer einigt; es ist der Gedanke an die endliche Befreiung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft, der die Organisationen der Arbeiterschaft unüberwindlich macht. Schließlich werden von all den reaktionären Treibern die Kämpfer für Volkswohlfahrt und Freiheit den wirklichen und endgültigen Nutzen haben, denn die Werbetraft der Arbeiterbewegung erfährt dadurch eine wertvolle Steigerung.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 27. Februar fand die diesjährige General-Versammlung in den Reichshallen statt. Zunächst gab Kollege Franz Herrmann den bereits im Druck vorliegenden Jahresbericht bekannt und erläuterte an der Hand desselben die zahlenmäßigen Angaben unter gleichzeitiger Hinweis auf die Fortschritte, die im verflochtenen Jahre zu verzeichnen waren. Das Resultat der im Januar 1911 aufgenommenen Lokal-Statistik war sehr bemerkenswert, da dieselbe 1301 Personen umfaßte, sodaß etwa 1500 Berufszugehörige für Dresden zu berechnen sind. Somit konnte festgestellt werden, daß 60 Prozent der Organisation angehören, während noch ungefähr 40 Prozent uns fern stehen. Als besonders auffallend muß die Differenzierung der Löhne innerhalb der verschiedenen Sparten bezeichnet werden, woraus zu ersehen ist, wie die hiesigen Unternehmer ihre Leute besser und schlechter bezahlen; ein Merkmal, was bei dergleichen Zusammenstellungen anderer Druckorte nicht in dem Maße konstatiert werden kann. Die Veramm-

lungstätigkeit war immer sehr rege, denn es wurden im Berichtsjahre eine General-, neun Mitglieder-, eine Schleifer-, eine Zeitungsarbeiter- und zwei gemeinsame Versammlungen mit den Lithographen und Steindruckern, sowie Buchbindern abgehalten. Weiter fanden statt: 13 Sitzungen des Vorstandes, 4 Sitzungen der Vertrauenspersonen, 3 Sitzungen der Vergütungskommission, 5 Sitzungen des graphischen Kartells, 5 Sitzungen des Gewerkschafts-Kartells, 4 Sitzungen der Christentumskassen-Vertreter, zwei Sitzungen der Branchenkommissionen und vier Kassen-Revisionen. Hierzu kamen noch 61 Druderei-Besprechungen und 9 persönliche Unterredungen mit verschiedenen Geschäftsleitungen. Der Mitgliederbestand war am Ende 1911 auf 923 Personen angewachsen und ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 38 Köpfen zu verzeichnen. Der Arbeitsnachweis wurde stark frequentiert und es war nicht immer möglich, das verlangte Personal, namentlich das weibliche, zu beschaffen, weil leider noch ein Teil der Arbeitslosen unseren Nachweis meidet und auf eigene Faust oder durch andere Vermittlung Arbeit sucht.

Arbeitslosen-Statistik.

Kategorie	1911		Nicht befehrt wegen geringem Lohn	Mangel an Personal	nach aug. wirtsch.
	Arbeitslos gemeldet	Gewandte Stellen			
Buchdruck-Anlegerinnen	80	153	120	5	32
Steindruck	19	62	46	2	4
Schleifer	4	15	10	1	3
Papen-Anlegerinnen	29	55	40	—	18
Silfsarbeiterinnen	13	42	32	—	10
Steinschleifer	31	26	18	2	2
Silfsarbeiter	51	19	13	3	1
Summa	227	372	279	12	88

Ganz erheblich hat sich die Arbeit des Beamten vermehrt, was daraus zu ersehen ist, daß sich die Korrespondenz zahlenmäßig fast verdoppelte. Bedenkt man dabei, daß außerdem noch reichlich 3000 Zirkulare, Handzettel und Mitteilungsblätter vermittelt Schreibmaschine vervielfältigt wurden, so läßt sich ermaßen, welche Tätigkeit von dieser einen Person verlangt wird. Die Pflege der Geselligkeit fand durch mehrere Partien und Langvergütungen volle Befriedigung. Erstmals fand im Bericht eine Statistik der Arbeitslosen und Kranken Platz und war hier besonders die Angabe der Krankheits-Ursachen und deren Verteilung auf die Geschlechter von hohem Interesse. Was die Kassenverhältnisse anlangt, so wurden pro 1911 an Kranken-Unterstützung 1788,15 M., Arbeitslosen-Unterstützung 3376,15 M., Streit-Unterstützung 5352,75 M., Gemäßregelten-Unterstützung 29,38 M. und Wöchnerinnen-Unterstützung 370.— M., zusammen 10 916,43 M. verausgabt und an die Hauptkasse 3364,21 M. gefandt. Die Einnahmen von 34 156 verlaufenen Beitragsmarken erbrachten 13 978,80 M. Bei einem mittleren Durchschnittsbestande von 904 Mitgliedern ergibt sich demnach, daß pro Person etwa 38 Beiträge im Werte von 15,46% M. im Jahre entnommen hatte und der Durchschnittswert der 38 Beiträge beläuft sich demgemäß auf 0,40% M. Dieses Ergebnis erscheint ziemlich gering, läßt sich aber dadurch erklären, daß erstlich nach und nach 111 Personen von Mitte Oktober ab ausgeschlossen wurden und zweitens der Krankenbestand infolge des heißen Sommers ein ausnahmeweise hoher war. In gewerbegerichtlichen Streitfällen hatten wir auf Wunsch unserer Mitglieder dieselben dreimal zu vertreten. Durch den Tod wurden sechs Mitglieder abberufen. Ferner war Kollege Franz Herrmann in seiner Eigenschaft als Gauleiter stark in Anspruch genommen und war seine Anwesenheit an zehn Tagen in Berlin, an sieben Tagen in Jittau, an vier Tagen in Zwickau, an drei Tagen in Bautzen, an drei Tagen in Leipzig und an einem Tag in Plauen i. V. erforderlich. Kollege Thirafsch als Revisor-Domann beantragte die Entlastung des Kassierers, was einstimmig erfolgte. In der Diskussion sprach man sich anerkennend über den spezialisierten Bericht aus, der diesmal besonders reichhaltig und sorgfältig bearbeitet worden sei. Die Neuwahlen brachten folgenden Resultat: Kollege Paul Herrmann mit sämtlichen Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt. Als Verwaltungsausschuss-Mitglieder wurden die Kollegen Gubisch, Sünberauf, Henker und Tränker wiedergewählt und Kollege Dehler neu gewählt; als weibliche Mitglieder wurde Kollegin Sigrau wiedergewählt und Kollegin Zahn neu gewählt. In die Revisions-Kommission wurden die Kollegen Thirafsch und Bartel wiedergewählt und Kollegin Herzog neu gewählt. Hierauf erstattete Paul Herrmann den

Bericht vom Außerordentlichen Verbandstag. (Den Bericht hierüber bringen wir im Zusammenhang mit den Berichten anderer Abteilungen. Red.) Unter „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß der Verbandstag für die Opfer der Aussperrung auf weitere fünf Wochen die Arbeitslosen-Unterstützung bewilligt hat. Die Frage der Extra-Beiträge wurde dahin geregelt, daß die seit 1. Januar eingetretenen davon befreit sind, während alle anderen Mitglieder diesen Beispruch zu befolgen haben.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 3. März. Nach Annahme des Protokolls der letzten Versammlung gab Kollege Seipel bekannt, daß die Neuwahlen der Vertrauensmänner vorzunehmen sind. Das Resultat derselben ist dem Vorstand sofort mitzuteilen. Der Vorsitzende gab ferner bekannt, daß in den „Frankfurter Nachrichten“ eine Lohnbewegung eingeleitet sei, ein Abschluß jedoch zurzeit noch nicht erfolgt ist. Im „Frankfurter Generalanzeiger“ sei ein Kollege bei der allgemeinen Lohnherhöhung am 1. Januar übergegangen worden. Auf Vorschlagwerden der Ortsverwaltung sei auch diesem Kollegen die Lohnherhöhung von 2 M. pro Woche bewilligt worden. Ferner wurde auf das Gewerkschaftsfest am zweiten Osterfeiertag hingewiesen. Sodann erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 2355,35 M., davon an die Hauptkasse gefandt 512,55 M. An Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung wurden inf. Lokalaufschlag 224,60 M. ausbezahlt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß das Kartell durch Bildung einer Kommission der Organisation der weiblichen Arbeiter näher treten will. Der feierliche Kartelldelegierte, Kollege Kroitz, wurde wiedergewählt. Kollege Gsemplin gab nunmehr ein klares Bild der Verhandlungen vom außerordentlichen Verbandstag in Berlin. Es erübrigt sich hier, näher auf die Berichterstattung einzugehen, da Redner auch auf die „Solidarität“ verweist, die ein wahrheitsgetreues Bild der Verhandlungen widerlegt. (Ueber die Stellungnahme der Versammlung berichten wir später. Red.)

Kempten. Am 16. Februar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Zu dieser Versammlung fanden sich ausschließlich Kollegen und Kolleginnen der Firma F. Bösel-Kempten, Gauleiter Kollege Schmid aus München, Vertreter des Ortsvereins der deutschen Buchdrucker, sowie des Maschinenmeister-Klubs Kempten ein. Zweck der Versammlung war Stellungnahme zur Antwort der Prinzipale auf unsere Tarifeinreichung. Der Vorsitzende, Kollege Holzer, gab mit kurzen Worten die Gründe der heutigen Versammlung bekannt. Kollege Schmid-München referierte über die Verhandlungen in Berlin im Dezember v. J., sowie über einige Fallstellen im Gau Bayern und verlas das Antwortschreiben der Prinzipale an uns. Die Bekanntgabe dieses Schreibens rief allgemeine Entrüstung hervor. Es wurde nun die Frage aufgeworfen, was auf diese Antwort von unserer Seite aus zu geschehen habe. Nachdem sich verschiedene Kollegen und Kolleginnen zu dieser Sache geäußert hatten, wurde einstimmig beschlossen, daß Kollege Schmid sowie Kollege Holzer am 17. d. Mts. beim Vorsitzenden des Bezirksvereins des deutschen Buchdruckervereins betreffend Lohnherhöhung des Hilfspersonals vorstellig werden sollen. Nachdem sich Gauleiter Schmid noch über die Lebensverhältnisse der weiblichen Arbeiterschaft sowie über das Unterstützungswesen unserer Organisation verbreitet hatte, ergriff Herr Koch, Vorstand der Ortsgruppe Kempten des deutschen Buchdrucker-Verbandes, das Wort. Mit kurzen sachlichen Worten führte er aus, daß er im Interesse des graphischen Gewerbes wünsche, daß unsere Sache in Wäbe eine friedliche und befriedigende Lösung finden möge. Im Schlußwort dankte Kollege Holzer den sämtlichen Anwesenden für ihren zahlreichen Besuch unserer Versammlung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß unserer Sache so lebhaftes Interesse entgegengebracht werde. Möge sich die Zahlstelle immer mehr emporschwingen zum Wohle jedes einzelnen Mitgliedes.

Adressenveränderungen.

Halle a. S.
 Vorsitzender: Paul Scheibe, Dorfstraße 43 Hof I.
 Kassierer: Gustav Gerig, Triftstr. 28.
 Regensburger.
 Vorsitzender: Thomas Fronauer, Gloden-gasse 1 I.
 Kassierer: Simon Brummer, Saagaasse 6 II.